

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Lienhard	A plant im Raum B einen take-away-Stand. Er soll weder Tische noch Sitzgelegenheiten haben. A möchte dort Hot-dogs verkaufen. A ist rechtsunkundig. Er möchte insbesondere hinsichtlich der Öffnungszeiten beraten werden.	Es handelt sich um Gastgewerbe. Ich schaue dafür im GGG oder HGG nach.
		Unter welches dieser Gesetze fällt unser Fall?	In Art. 2 GGG ist der Geltungsbereich umschrieben.
		„Konsum an Ort und Stelle“?	Bei uns geht es um take-away. Keine Anwendung des GGG
		Wie ist es mit dem HGG?	In Art. 1 HGG wird der Geltungsbereich umschrieben. I.c. ist das HGG anwendbar.
		Wie ist es mit den Öffnungszeiten?	Art 9 ff. HGG: hot-dog-Stand = Verkaufsstand
		Und was meinen Sie zum „Imbissstand“ gemäss Abs. 3?	Das müsste durch Auslegung ermittelt werden, ob unser Stand auch darunter Fällt. Es gibt verschiedene Auslegungsmethoden: <ul style="list-style-type: none"> - Historische - teleologische - systematische - grammatikalische
		Welche Dokumente zieht man im Kanton Bern für die historische Auslegung bei?	<ul style="list-style-type: none"> - Tagblatt des GR - Vortrag des RR
		Annahme: hot-dog-Stand = Imbissstand	Art. 11 ff. GGG
		A hält sich nicht an die Öffnungszeiten. Wer beaufsichtigt die Öffnungszeiten?	HGG: Die Gemeinde kontrolliert die Öffnungszeiten.
		Was kann die Gemeinde tun, wenn die Öffnungszeiten nicht eingehalten werden?	Abs. 3: Schliessung bis 3 Monate
		Wer kann die Schliessung verfügen?	Die Gemeinde.

		<p>Ich gebe Ihnen mal die VO HGV. Lesen Sie einmal Art. 15 Abs. 2 VO HGV</p> <p>Was gilt nun?</p> <p>Kann der RR überhaupt diese Regelung erlassen?</p> <p>Darf durch Delegation die Zuständigkeit geändert werden?</p> <p>Gibt es eine verfassungsrechtliche Grundlage für die VO-Befugnisse des RR?</p> <p>Es besteht also eine verfassungsrechtliche VO-Kompetenz des RR. Hilft uns das weiter?</p> <p>Annahme: RStH verfügt Schliessung. Wer ist erste Beschwerdeinstanz?</p> <p>Schauen Sie einmal Art. 17 VO HGV an!</p> <p>Erfreuliche Folgerung: Wir haben wieder eine Instanz gewonnen. Weniger erfreuliche Folgerung...</p> <p>Der Kommentar zum VRPG sagt: VO reicht. Aber was braucht es, dass in der VO Zuständigkeiten geändert werden können?</p>	<p>Der RStH ist zuständig.</p> <p>Wir müssen die Normstufe anschauen. Das Gesetz ist höher. Die VO führt aber das Gesetz aus...</p> <p>Es braucht eine Delegationsnorm. Wir finden diese in Art. 25 HGG.</p> <p>Art. 88 KV</p> <p>„Im Rahmen von Verfassung und Gesetzgebung“. Es ist nicht ganz klar, was damit gemeint ist...</p> <p>Verwaltungsgericht</p> <ul style="list-style-type: none"> - Spezialgesetz: Art. 27 HGG - VRPG → Verwaltungsgericht <p>Volkswirtschaftsdirektion</p> <p>Widerspruch Gesetz – VO</p> <p>Das VRPG äussert sich zur Zuständigkeit von Direktionen in Art. 62 VRPG. VRPG verlangt, dass Gesetzgebung, d.h. formelles Gesetz, Erlasse des GR, diesen Instanzenzug vorsehen.</p> <p>Eine Delegationsnorm.</p>
--	--	--	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Bähler	Die Polizei hat heute Morgen um 00.41 Uhr drei Männer rumänischer Herkunft in flagranti erwischt und festgenommen. Im Auto finden sei Diebesgut – wohl auch noch aus weiteren Einbrüchen. Es wurde bereits eine erste polizeiliche Befragung durchgeführt.	<ul style="list-style-type: none"> - Ist es ein Fall der notwendigen Verteidigung? - Betreffend der Haft: Muss die Staatsanwaltschaft kontaktiert werden? Die Polizei darf die Personen nämlich nur 24h festhalten. I.c. besteht aber Kollusions- und Fluchtgefahr.
		Welche Fragen stellen Sie sich?	
		Welche weiteren Haftgründe kennt das Gesetz?	<ul style="list-style-type: none"> - Ausführungsgefahr - Wiederholungsgefahr
		Sie stehen auf der Pikettliste. Ihnen wird einer der Männer zugeteilt. Wie läuft das weitere Verfahren?	<p>Die Person wird der Stawa überführt (Art. 219 Abs. 4 StPO)</p> <p>Es folgt die Hafteröffnung (Einvernahme)</p> <p>Es wird ein Antrag an das ZMG gestellt (Art. 224 Abs. 2 StPO), evtl. findet eine mündliche Verhandlung statt.</p> <p>Das ZMG entscheidet (Art. 226 Abs. 1 StPO)</p>
		Es liegt ein Fall notwendiger Verteidigung vor. Trotzdem führt die Stawa die Einvernahme ohne Anwalt durch. Ist die Einvernahme verwertbar?	Art. 141 StPO
		Ist der Beweis in jedem Fall rechtswidrig?	Art. 131 Abs. 3 StPO
		Angenommen, der Beschuldigte verzichtet nicht? Ist der Beweis dann absolut unverwertbar?	„Ungültigkeit“ deutet auf Art. 141 Abs. 2 StPO hin.
		Es ist in der Lehre umstritten...	
		Was geschieht, wenn die Einvernahme nicht verwertet werden kann?	Art. 141 Abs. 5 StPO
		Gibt es für Sie als Rechtsanwalt eine Frist, innert welcher Sie die Unverwertbarkeit geltend machen müssen?	Es gibt keine gesetzliche Frist. Es gilt jedoch der Grundsatz von Treu und Glauben.

		<p>Besteht für Sie ein Akteneinsichtsrecht im Hinblick auf die Verhandlung vor ZMG?</p> <p>Handelt es sich dabei um die gesamten Akten, die bis dahin generiert worden sind?</p> <p>Ab welchem Zeitpunkt haben Sie als Rechtsanwalt Einsicht in die gesamten Akten?</p> <p>Was geschieht, wenn Ihnen die Stawa Ihr Einsichtsrecht nicht gewährt?</p> <p>Wann kann der PK das erste Mal Fragen an den Beschuldigten stellen? Bereits in der Verhandlung vor ZMG (Art. 107 Abs. 1 lit. b und 147 Abs. 1 StPO) ?</p> <p>Der Beschuldigte ist in U'Haft. Die Stawa macht nicht vorwärts. Sie wollen gestützt auf Art. 147 Abs. 1 StPO an den Einvernahmen der anderen Mitbeschuldigten teilnehmen. Geht das, im Hinblick auf Art. 146 Abs. 1 StPO?</p> <p>Wie könnte die Stawa Art. 147 StPO aushebeln, um sie an der Teilnahme zu hindern?</p> <p>Es steht eine bedingte FS von 20 Monaten zur Diskussion.</p> <p>Kann man jederzeit ein Haftentlassungsgesuch stellen?</p>	<p>Art. 225 Abs. 2 StPO</p> <p>Nein. Die Verhandlung vor ZMG bezieht sich ja nur auf den Haftgrund.</p> <p>Art. 101 StPO. Es müssen die übrigen wichtigsten Beweise erhoben sein.</p> <p>Beschwerde an die Strafkammer des Obergerichts.</p> <p>Nein. Das Haftverfahren ist nicht parteiöffentlich. Art. 225 Abs. 1 StPO</p> <p>Die Teilnahme ist möglich. Es kann jedoch ein Ausschluss betreffend konkreten Vorhalten gemacht werden, wenn diese beim eigenen Klient noch nicht gemacht worden sind.</p> <p>Die Stawa könnte die Verfahren trennen.</p> <p>Ich könnte ein Haftentlassungsgesuch stellen.</p> <p>Grundsätzlich ja. Ausnahme: Sperrfrist von 1 Monat wird ausgesprochen.</p>
--	--	--	--

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Güngerich	Gibt den SV schriftlich ab. Gegen X wurde im Mai 2015 ein Verlustschein ausgestellt. Im Juni 2016 wird er erneut betrieben. X erhebt Rechtsvorschlag „mangels neues Vermögen“.	<p>Ich würde mir folgende Fragen stellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wie kann man den Rechtsvorschlag beseitigen? - Ist der Rechtsvorschlag mangels neues Vermögen rechtens? <p>Zur Beseitigung des Rechtsvorschlags gibt es zwei Möglichkeiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anerkennungsklage - RÖ-Verfahren.
		Was kommt i.c. in Frage?	Der Pfändungsverlustschein stellt einen RÖ-Titel dar (Art. 149 SchKG) Er berechtigt zur prov. RÖ
		Wie ist das weitere Vorgehen, wenn X in Bern wohnt?	Das Gesuch um prov. RÖ muss beim Regionalgericht Bern-Mittelland gestellt werden. Das Verfahren wird im Summarverfahren geführt.
		Wie lautet das Rechtsbegehren?	Es sei – in der Betreuung xxx des Betreibungsamtes Bern-Mittelland - die RÖ für den Betrag von CHF xxx zu erteilen. Der Rechtsvorschlag sei zu beseitigen.
		Wieso ist der Pfändungsverlustschein ein prov. RÖ Titel (abgesehen davon, dass dies im Gesetz steht; was steckt dahinter?)	Man hat das Verfahren schon mal durchgeführt.
		Was ist mit dem Rechtsvorschlag mangels neues Vermögen?	Das ist nur im Konkurs möglich.
		Was ist denn die Rechtswirkung dieser Erklärung?	<p>Es sind zwei Rechtsvorschläge:</p> <ul style="list-style-type: none"> - „normaler“ RV - RV mangels neues Vermögen <p>Man könnte aber auch einfach sagen, dass es keine Bedeutung hat, dass X den RV noch „spezifiziert“ hat.</p>
		Nehmen wir an, es sei kein Pfändungs- sondern ein Konkursverlustschein ausgestellt worden.	Dann gilt Art. 265 SchKG

		<p>Gehen wir davon aus, es sei kein neues Vermögen in Sicht.</p> <p>Annahme: RV wurde nicht bewilligt. Was kann der Schuldner tun?</p> <p>Wie geht es weiter?</p> <p>Könnte man allenfalls auch ans HGer gelangen?</p> <p>Was stehen X für Rechtsmittel zur Verfügung?</p> <p>Nehmen wir an, die Forderung betrage CHF 400'000.-</p> <p>Ist es ein Fall des Konkursgerichts?</p> <p>Weiter?</p> <p>Annahme: Konkursverlustschein, neue Betreibung. Schuldner hat kein neues Vermögen. Er geht wieder in den Konkurs, mit Insolvenzerklärung, da er keine Lust auf das erneute Verfahren hat.</p> <p>Besteht Aussicht auf Schuldenbereinigung?</p> <p>Das heisst?</p> <p>Was macht der Richter, der den RV bewilligen sollte, wenn jetzt der Konkursentscheid kommt?</p>	<p>Im dem Fall wird der RV bewilligt. Gemäss Art. 265a SchKG gibt es gegen den Entscheid kein Rechtsmittel. Vgl. aber Abs. 4</p> <p>Klage auf Bestreitung des neuen Vermögens.</p> <p>Die Klage muss innert 20 Tagen beim Regionalgericht Bern-Mittelland eingereicht werden.</p> <p>Nein, weil es sich um eine betreibungsrechtliche Streitigkeit handelt.</p> <p>Man müsste die Berufung als primäres RM an die Zivilkammer des Obergerichts prüfen.</p> <p>Art. 309 ZPO: Keine Ausnahme. Aber lit. b. Ziff. 7 Berufung.</p> <p>BGer, die Streitwertgrenze von CHF 30'000.- ist erreicht.</p> <p>Art. 191 SchKG. Man muss zuerst ein Nachlassverfahren prüfen.</p> <p>Nein.</p> <p>Der Konkurs wird wieder eröffnet.</p> <p>Der Konkurs bewirkt, dass alle Betreibungen aufgehoben sind.</p>
--	--	---	--

Datum: 16.12.2016

Uhrzeit: 15.05

Zimmernummer: 7

		Was ist das für ein Problem?	Es geht nicht. Es wäre ja eine Endlosschleife. Der Schuldner könnte sich immer wieder „retten“.
		Wo müsste eine solche Vorschrift stehen?	Art. 265b SchKG Rechtsmissbrauchsverbot

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Häberli	Definition der Eigenmietwertbesteuerung?	Wert, den man erhalten würde, wenn am das Objekt vermieten würde.
		Was ist das Steuerobjekt?	
		Wie würden Sie argumentieren, um mich davon zu überzeugen, dass der Eigenmietwert besteuert wird?	Es gibt eigens eine Bestimmung dazu im Gesetz.
		...und wenn es diese spezifische Regelung nicht gäbe?	Art. 16 Abs. 2 DBG → Naturalbezug
		Sind Sie sicher? Ohne spezielle Regelung müsste man den Eigenmietwert nicht besteuern!!!	
		Welche Abzüge kann man als Hauseigentümer machen?	<ul style="list-style-type: none"> - Unterhaltskosten (Renovation), es gibt werterhaltende und wertvermehrnde Unterhaltskosten - Hypothekarschulden
		Wo sind die Abzüge geregelt?	Verordnung
		Es wird seit langem darüber diskutiert, die Eigenmietwertbesteuerung abzuschaffen. Wie müsste man das konsequent machen?	Bei den Abzügen berücksichtigen.
		Wer würde von der Abschaffung profitieren?	Wer viele Hypotheken, Renovationskosten hat, würde nicht von der Abschaffung profitieren.
		Inwieweit wären die Mieter betroffen?	Der Mietzins würde angepasst werden.
		Wie wird die Besteuerung des Eigenmietwerts gerechtfertigt?	Rechtsgleichheit

		<p>X könnte für CHF 400'000.00 ein Haus kaufen. Sie müsste es aber für CHF 300'000.00 umfassend renovieren. Was muss man ihr aus steuerrechtlicher Sicht raten?</p>	<p>Man muss sich überlegen, was für Steuern anfallen würden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Liegenschaftssteuern - ... <p>I.c. müsste X 75% des Kaufpreises in Renovation stecken. Nach der Dumont-Praxis konnte, wenn ein Haus in einem schlechten Zustand war, ...</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wertvermehrnde Unterhaltskosten → Grundstückgewinnsteuer - Keine Unterhaltskosten abziehen <p>Man muss also schauen, ob die Unterhaltskosten wertvermehrend (z.B. goldene Geländer) oder werterhaltend sind. Werterhaltende Unterhaltskosten kann man beim Einkommen abziehen.</p> <p>Man muss sich weiter fragen, ob man die Abzüge bzw. die Renovationen auf mehrere Jahre verteilen könnte oder nicht.</p>
		Wie wurde die Dumont-Praxis abgeschafft?	Der Gesetzgeber wurde tätig. Zuerst auf Bundesstufe und dann auf Kantonsebene. Das war ca. in den Jahren 2009 bzw. 2010.
		Wie war die zeitliche Dimension der Dumont-Praxis?	5 Jahre
		Können Sie sich eine Situation vorstellen, in welcher es besser ist, wenn die Renovation wertvermehrend ist?	Die Grundstückgewinnsteuer würde geringer. (→ Rohgewinn ist weniger hoch bei höheren wertvermehrenden Ausgaben) → Besitzesdauerabzug
		Zusammenhang wertvermehrnde Ausgaben und Besitzesdauerabzug?	